



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 16.07.2018

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 18.01.2018, 16:06 Uhr bis 18:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Rafael Christof Struwe	SPD	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD	stellvertretend für Frau Frebel
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	stellvertretend für Frau Dresler-Graf
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Robert Schallehn	GRÜNE	
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

Beratende Mitglieder

Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Barbara Albat	SPD
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Herr Sönke Geske	SPD
Herr Matthias Pergande	FDP
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU
Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen
Frau Elisabeth Lange	auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Herr Stephan Wieneritsch	FDP
Herr Viktor Grimm	auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Beigeordneter des Dezernates V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Christina Brammen-Petry	Umwelt und Verbraucherschutzamt
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Anke Ludwig	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt
Frau Dr. Barbara Möhlendick	Leitung Koordinationsstelle Klimaschutz
Herr Konrad Peschen	Leiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes
Frau Carla Stüwe	Dezernat V-6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb stellvertretend für Herrn Winkels

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	----------------------------------

Gäste

Herr Bürgermeister Andreas Wolter	OB-2-14 Büro der Bürgermeister/in	zu TOP C
Herr Valentin Thurn	Ernährungsrat Köln	zu TOP D
Herr Dr. Matthias Dienhart	RheinEnergie	zu TOP 1.6
Frau Lisa Gerlach	Ratsgruppe BUNT	zu TOP 2.3 und 2.3.1
Frau Birgit Mataré	Dezernat für Kunst und Kultur	zu TOP 7.1

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD
Frau Margret Dresler-Graf	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Frau Prof. Dr. rer. nat. Anna Mikecz von	auf Vorschlag der Grünen
Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK
Herr Frank Feles	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Gerhard Haider	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Eugen Litvinov	

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Struwe begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Er informiert darüber, dass der Rat Herrn Robert Schallehn als Nachfolger für Herrn Mathias Meis für den Ausschuss Umwelt und Grün sowie den Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetriebe benannt habe.

Anschließend macht er auf die Zu- und Absetzungen der Tagesordnungen sowie auf die anwesenden Gäste in beiden Ausschüssen¹ aufmerksam.

Die Anfragen unter TOP 1.2, 1.3, 1.4, 1.5 und 1.7 im AUG werden in der nächsten Sitzung beantwortet.

Zu TOP C wollte ursprünglich Herr Thomas Brose, Geschäftsführer Klimabündnis, die Arbeit des Klimabündnisses und der neuen Klimapartnerschaft Kölns mit Peru vorstellen. Wegen wetterbedingtem Zugausfall konnte er die Ausschusssitzung nicht mehr rechtzeitig erreichen. Der Vortrag werde in einer der nächsten Sitzungen gehalten. Heute werde Herr Bürgermeister Andreas Wolter zu diesem Thema kurz informieren.

Zu TOP D werde Herr Valentin Thurn die Arbeit des Ernährungsrates vorstellen

Zu TOP 4.3 (Luftreinhaltung) sei eine Anlage 6 als Tischvorlage verteilt worden. Darin werde noch ein Gutachten der Firma AVISO angekündigt, das für die Entscheidungsfindung von großer Bedeutung sei. Die Verwaltung biete Vertretern der Fraktionen des Ausschusses Umwelt und Grün, Gesundheitsausschusses, Verkehrsausschusses und aller BVen einen Termin am 01.02.2018 zur Information über das Gutachten an, zu dem auch die Gutachterin anwesend sein und noch gesondert eingeladen werde.

Herr Struwe schlägt vor, die Beschlussvorlage in eine gemeinsame Sondersitzung von Ausschuss Umwelt und Grün und Verkehrsausschuss vor der Ratssitzung zu verweisen.

Die Beschlussvorlage zu TOP 4.6 (Ganzjährige Sperrung Zollstocker Weg) liege leider als Tischvorlage vor. Die Dringlichkeit sei aber in der Vorlage extra begründet worden. Daher rege er an, die Vorlage auf der Tagesordnung zu lassen.

Zudem schlage er vor, TOP 4.5 (Katzenschutzverordnung) ganz an den Anfang der Sitzung zu setzen, da viele Katzenschützer im Publikum anwesend seien.

Die Vorschläge finden allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Der Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:²

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der jeweiligen Niederschrift

² Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A** **Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**

- B** **Gleichstellungsrelevante Themen**

- C** **Kurze Information über die Arbeit des Klimabündnisses und der neuen Klimapartnerschaft Kölns mit Peru**
Referent Herr Bürgermeister Andreas Wolter stellvertretend für Herrn Thomas Brose, Geschäftsführer Klimabündnis

- D** **Vortrag zur Arbeit des Ernährungsrates**
Referent Herr Valentin Thurn

- 1** **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

- 1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln
 betreffend
 Kölner Vorgärten
 AN/1282/2017

- 1.1.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln vom
 11.09.2017 betreffend Kölner Vorgärten
 AN/1282/2017
 3984/2017

- 1.2 Anfrage der SPD-Fraktion
 betreffend
 Betrieb städtischer Gebäude im Passivhaus-Standard
 AN/1490/2017

- 1.3 Gemeinsame Anfrage von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
 betreffend
 Verbreiterung der A59 - Kompensationsmaßnahmen im Rechtsrheinischen
 AN/1848/2017

- 1.4 Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.12.2017
 betreffend
 Sachstand zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs und
 Prüfung alternativer Standorte einer Hubschrauberbetriebsstation in Köln
 AN/1911/2017

- 1.5 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln
 betreffend
 Biodiversität im Zuge der Umsetzung zweier Beschlüsse
 AN/0003/2018

1.6 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln
betreffend
Zukunftsorientierte Nah- und Fernwärme in Köln
AN/0002/2018

1.6.1 Zukunftsorientierte Nah- und Fernwärme in Köln
Beantwortung der Anfrage
0183/2018

1.7 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Kölner Umweltzone
AN/0046/2018

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

2.1 Antrag der FDP-Fraktion
betreffend
Überarbeitung des Pflege- und Entwicklungsplans für das Naturschutzgebiet
"Flittarder Rheinauen"
AN/1134/2017

2.1.1 Stellungnahme zum Antrag
2988/2017

2.2 Antrag der SPD-Fraktion
betreffend
Ideen für weniger Abfall in Köln entwickeln, bündeln und umsetzen!
AN/0016/2018

2.2.1 Ideen für weniger Abfall in Köln entwickeln, bündeln und umsetzen!
(AN/0016/2018)
AN/0053/2018

2.3 Antrag von Ratsgruppe BUNT und Freie Wähler
betreffend
Bienenfreundliches Köln
AN/0019/2018

2.3.1 Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates
hier TOP 2.3: Bienenfreundliches Köln
AN/0076/2018

3 Kommunaler Klimaschutz

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 4.1 Rahmenvertrag über die Lieferung von Dienst- und Schutzkleidung
hier: Bedarfsfeststellung
3350/2017
- 4.2 Kleingartenwettbewerb "Bunte Gartenvielfalt"
3879/2017
- 4.2.1 Kleingartenwettbewerb "Bunte Gartenvielfalt"
AN/0096/2018
- 4.3 Luftreinhaltung - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans
3428/2017
Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt in die gemeinsame Sondersitzung
- 4.3.1 Änderungsantrag zu TOP 5.1. Luftreinhalteplan - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans, DS 3428/2017
AN/0069/2018
Vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt in die gemeinsame Sondersitzung
- 4.4 Gestaltungsplanung für ein Kooperationsgräberfeld auf dem Friedhof Kalk
3551/2017
- 4.5 Katzenschutzverordnung mit einer Kastration- und Kennzeichnungspflicht für Freigängerkatzen
3723/2017
- 4.6 Zollstocker Weg entlang des Kalscheurer Weihers
hier: Ganzjährige Sperrung
4022/2017

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

7 Mitteilungen

- 7.1 Energiebericht der Museen 2016
3646/2017
- 7.2 Köln kooperiert - Regionale Kooperation voranbringen und Regionalplan-Überarbeitung: Informationsveranstaltung am 24.11.2017
Mitteilung zum Antrag AN/0510/2017 gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates
3829/2017

- 7.3 Allgemeinverfügung zur Einschränkung der Reitnutzung in Waldgebieten
3686/2017
- 7.4 Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Grün vom 12.10.2017
hier: Wildes Parken im Grüngürtel - AN/1444/2017
3355/2017
- 7.5 Durchforstungsplanung 2018 zur Pflege des städtischen Waldes
3758/2017
- 7.6 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln (Eingang
14.06.2017) aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 06.07.2017
betreffend Aufwertung von Plätzen in den Stadtbezirken
AN/0922/2017
0024/2018
- 7.7 Leitprojekte zum Haushalt 2018 des Dezernats Soziales, Integration und Umwelt
3568/2017
- 7.8 Leitprojekt "Köln aufräumen", Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
0146/2018

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

9 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

12 Allgemeine Beschlussvorlagen

13 Vergaben

14 Mitberatung von Planungsvorlagen

15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

16 Mitteilungen

17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

18 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A **Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**

Ausschussvorsitzender Herr Struwe verpflichtet Herrn Viktor Grimm als sachkundigen Bürger für den Ausschuss Umwelt und Grün / Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

B **Gleichstellungsrelevante Themen**

Hierzu liegt nichts vor.

C **Kurze Information über die Arbeit des Klimabündnisses und der neuen Klimapartnerschaft Kölns mit Peru** **Referent Herr Bürgermeister Andreas Wolter stellvertretend für Herrn Thomas Brose, Geschäftsführer Klimabündnis**

Herr Bürgermeister Wolter berichtet über die Ziele des Klimabündnisses³ und der letzten UN-Klimakonferenz in Bonn⁴, an der auch die Vertreter der Klimapartnerstädte Corinto in Nicaragua und Yarinacocha in Peru teilgenommen haben. Er erwähnt, dass er die Stadt Köln und das Klimabündnis ferner auf der 21. UN-Klimakonferenz in Paris 2015⁵ und der 22. UN-Klimakonferenz in Marrakesch 2016⁶ vertreten habe.

Herr Wolter informiert über die Motive der Klimapartnerschaften mit den beiden Städten, die mit dem hohen Anteil der weltweiten CO₂-Emissionen von 15 % zusammenhängen, die im Amazonasgebiet gebunden seien. Bei einer Abholzung der dortigen Regenwälder verschärften sich die CO₂-Emissionen entsprechend.

Ziel der Städte und Gemeinden im Klimabündnis sei es, bis 2030 die CO₂-Emissionen um 50 % zu reduzieren. Man unterstütze sich gegenseitig mit gemeinsamen Projekten und Know-how-Austausch. Mittlerweile habe der Rat der Stadt Köln die finanziellen und personellen Voraussetzungen geschaffen, dass die Klimapartnerschaft mit Yarinacocha funktionieren könne.

Herr Wolter geht auf einige Projekte ein, die dort umgesetzt werden, z. B. den Schutz einer Lagune, die durch verschmutzte Abwässer und die dortigen Palmölplantagen gefährdet sei. Auch die Stärkung der Situation der dort lebenden indigenen Bevölkerung durch Kleinprojekte sei ein vorrangiges Ziel.

Im Februar 2018 werde der Austausch mit Yarinacocha stattfinden und eine Delegation von Köln nach Peru fliegen. Eingebunden seien die Ministerien und der Botschafter in Lima, die die Aktivitäten mit unterstützten. Herr Wolter hofft, im März mehr über die konkreten Projekte berichten zu können.

Im Anschluss beantwortet Frau Dr. Möhlendick Fragen der Ausschussmitglieder. Sie informiert darüber, dass die Kyoto-Mechanismen⁷ bei 3 Klimapartnerschaften erneut in Angriff genommen werden.

³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Klima-B%C3%BCndnis>

⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/UN-Klimakonferenz_in_Bonn_2017

⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/UN-Klimakonferenz_in_Paris_2015

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/UN-Klimakonferenz_in_Marrakesch_2016

⁷ <https://www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/kyoto-protokoll/kyoto-mechanismen/>

Es habe sich gezeigt, dass mit einem Projekt in Rio de Janeiro mehr CO₂ eingespart werden könne, als mit Projekten in Köln. Inzwischen gebe es ein CO₂-Bilanzierungs-Tool. Die Kölner Bilanz könne nicht damit verbessert werden, aber sie gebe dazu gerne noch mal schriftlich in einer der nächsten Sitzungen Auskunft.

Ausschussvorsitzender Herr Struwe dankt Herrn Wolter und Frau Dr. Möhlendick und bittet, Herrn Brose zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Äußerungen von Frau Dr. Möhlendick und Herrn Wolter zur Kenntnis.

D Vortrag zur Arbeit des Ernährungsrates Referent Herr Valentin Thurn

Herr Thurn stellt im Rahmen einer PowerPoint Präsentation die vielschichtige Arbeit des Ernährungsrates in Köln vor.^{8 9}

Zu Beginn informiert er über die Idee und Entstehung der ersten Ernährungsrate in Nord- und Südamerika vor über 25 Jahren. Dort nannte man sie Food Policy Council¹⁰¹¹ und brachte Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik in einem Gremium zusammen.

Herr Thurn geht auf die Anlässe zur Bildung des Kölner Ernährungsrates ein und beschreibt dessen Zusammensetzung.

Im weiteren Verlauf seines Vortrags beschreibt Herr Thurn die Art der Mitarbeit in den 4 Ausschüssen des Ernährungsrates; Bereiche, in denen auch die Kommune Kompetenzen besitze und Vertreter unterschiedlichster Interessengruppen, ob Bio- oder konventionelle Bauern, Slow Food-Anhänger oder Systemgastronomen, zusammenkommen, um das Ziel, ein nachhaltiges und lokales Ernährungssystem in Köln, voranzubringen.

Er gibt einen Überblick über die Veranstaltungen der letzten 3 Jahre, bei denen zahlreiche Interessierte zusammen kamen, um sich über regionale und nachhaltig produzierende Landwirtschaft, Wertschätzung von Lebensmitteln, Essbare Stadt oder Gemeinschaftsgärten in Veedeln auszutauschen, zu informieren und zu vernetzen.¹²¹³¹⁴

Herr Thurn weist auf die Projekte Essbare Stadt und Essen in Kitas und Schulen hin und verdeutlicht, wie diese Projekte umgesetzt werden. Ein Vorschlag stamme von Herrn Dr. Rau und betreffe die Ernährungsstrategie für Köln. Durch eine Projektgruppe solle ein Maßnahmenpaket breit angelegt und in den Rat der Stadt Köln eingebracht werden.

⁸ Die Folien der Präsentation sind der Niederschrift als Anlage beigefügt und im Ratsinformationssystem eingestellt.

⁹ <https://www.urbaneoasen.de/akteursnetzwerk/ernaehrungsrat-koeln/>

¹⁰ <http://vancouver.ca/your-government/vancouver-food-policy-council.aspx>

¹¹ <http://speiseraeume.de/rat-fuer-gutes-essen-berlin-food-policy-council/>

¹² <http://ernaehrungsrat-berlin.de/2017/11/14/bericht-vom-vernetzungskongress-der-ernaehrungsraete/>

¹³ <https://blog.misereor.de/2017/11/15/ueber-unser-essen-mitbestimmen-erster-kongress-zur-vernetzung-der-ernaehrungsraete-in-deutschland/>

¹⁴ <http://www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/freizeit-natur-sport/veranstaltungskalender/barcamp-essbare-stadt-koeln>

In dem Zusammenhang dankt Herr Thurn den Vertreterinnen und Vertretern der Politik im Ausschuss Umwelt und Grün. Dies alles sei nur möglich, da die Koordinationsstelle beim Ernährungsrat von der Stadt finanziert werde. Besonders gefreut habe ihn, dass die Stadt Mitglied im Trägerverein „Taste of Heimat“ wurde.

Die Idee, das Thema „Ernährung“ auf einen breiten Zusammenschluss auf lokaler Ebene zu setzen, sei bundesweit und darüber hinaus überaus erfolgreich. Viele Städte wollen ebenfalls einen Ernährungsrat gründen oder haben dies bereits getan.

Abschließend verweist Herr Thurn auf die Homepage des Ernährungsrates (s. *Fußnote 9 auf Seite 9 der Niederschrift*) und betont, dass die Sitzungen öffentlich seien und die Mitglieder des Ausschusses Umwelt und Grün gerne an einer Sitzung teilnehmen können.

Ausschussvorsitzender Herr Struwe bedankt sich bei Herrn Thurn für den interessanten Vortrag.

Bei der anschließenden Diskussion werden Themen hinsichtlich der Einbindung von Kleingärtnern, lokaler und nachhaltiger Produktion von Lebensmitteln, Direktvermarktung, Fleischkonsum und gesunder Ernährung, Beeinflussung von Essgewohnheiten, Finanzierung von Projekten durch die Stadt, das Land und den Bund, faire Bezahlung von Landwirten und damit zusammenhängende Wertschätzung von Lebensmitteln, Kochen in Kita und Schule und Hygienevorschriften angeschnitten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Präsentation und die mündlichen Ausführungen von Herrn Thurn zur Kenntnis

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend Kölner Vorgärten AN/1282/2017

1.1.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln vom 11.09.2017 betreffend Kölner Vorgärten AN/1282/2017 3984/2017

SE Frau Lange fragt, ob es nicht möglich sei, zu den Vorgärten eine Satzung zu erstellen. So, wie die Antwort laute, sei es anscheinend möglich, ohne Genehmigung in einem ökologisch anspruchsvollen Vorgarten unter 100 qm eine Fläche zu versiegeln, um sein Auto parken zu können. Die Anfrage der Linken zielte darauf ab, so etwas genehmigungspflichtig zu machen.

Nach kurzer Rücksprache und dem Hinweis des Ausschussvorsitzenden, dass dies laut Antwort wohl nicht möglich sei, zieht Frau Lange ihre Frage zurück.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Betrieb städtischer Gebäude im Passivhaus-Standard AN/1490/2017

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**1.3 Gemeinsame Anfrage von CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
betreffend
Verbreiterung der A59 - Kompensationsmaßnahmen im Rechtsrheinischen
AN/1848/2017**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**1.4 Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.12.2017
betreffend
Sachstand zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs und Prüfung alternativer Standorte einer Hubschrauberbetriebsstation in Köln
AN/1911/2017**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**1.5 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln
betreffend
Biodiversität im Zuge der Umsetzung zweier Beschlüsse
AN/0003/2018**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**1.6 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln
betreffend
Zukunftsorientierte Nah- und Fernwärme in Köln
AN/0002/2018**

**1.6.1 Zukunftsorientierte Nah- und Fernwärme in Köln
Beantwortung der Anfrage
0183/2018**

RM Frau Akbayir dankt für die umfangreiche Beantwortung und bittet, den TOP noch mal auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, da man sich zunächst im Arbeitskreis detailliert damit befassen wolle und evtl. in der nächsten Sitzung Nachfragen stellen möchte.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass Herr Dienhart von der RheinEnergie heute zu diesem Punkt anwesend sei und Fragen beantworten könne.

Nach kurzer Rücksprache einigt man sich darauf, dass die Fraktion Die Linke Kontakt mit Herrn Dienhart von der RheinEnergie aufnimmt, um offene Fragen direkt mit ihm zu klären.

**1.7 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Kölner Umweltzone
AN/0046/2018**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

**2.1 Antrag der FDP-Fraktion
betreffend
Überarbeitung des Pflege- und Entwicklungsplans für das Naturschutz-
gebiet "Flittarder Rheinauen"
AN/1134/2017**

**2.1.1 Stellungnahme zum Antrag
2988/2017**

SB Herr Dr. Albach begründet den Antrag. Im Grund gehe es um unterschiedliche Ansätze, Naturschutz zu betreiben. Ansatz der FDP-Fraktion sei der kooperative Ansatz, um mit den Menschen vor Ort, die den Naturschutz unterstützen wollen, die aber auch in der Tradition eines Fischerortes den Strand nutzen wollen, einen Kompromiss zu finden. Der andere Ansatz sei, die Gesetze buchstabengetreu zu interpretieren.

Beschluss

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, für das Naturschutzgebiet „Flittarder Rheinauen“ mit den Menschen in Flittard gemeinsam einen überarbeiteten Pflege- und Entwicklungsplan zu entwickeln und nach Beratung in der BV9 dem Ausschuss für Umwelt und Grün vorzulegen.
2. Dabei sind, in Abwägung der Interessen von Biodiversität und Erholungsnutzung auf dem Gebiet des Stadtteils Flittard auch für Menschen - der Tradition des Ortes entsprechend - angemessene Zugänge zu den Gewässern vorzusehen, analog zu den Naturschutzgebieten N1 und N4, wo es legale Zugänge zum Rhein gibt.
3. Die Informationstafeln über die zu schützende Fauna und Flora in der Rheinaue sind wiederherzustellen und zu verbessern. Die Nutzung des Dükerturms und seiner Umgebung für Umweltbildung ist mit den StEB AöR zu prüfen.
4. Es ist darzustellen, in wie weit die Verwaltung die aktuelle Nutzung der Strände zwischen Rheinkilometer 696,5 und 698,7 wie bisher tolerieren wird.
5. Weiterhin ist darzustellen, wie die Verwaltung beabsichtigt, die regelmäßige gründliche Entfernung von für Tiere gefährlichem Müll aus dem gesamten Auenwald sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

**2.2 Antrag der SPD-Fraktion
betreffend
Ideen für weniger Abfall in Köln entwickeln, bündeln und umsetzen!
AN/0016/2018**

**2.2.1 Ideen für weniger Abfall in Köln entwickeln, bündeln und umsetzen!
Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0053/2018**

SB Herr Becker stellt den Antrag vor. Die SPD-Fraktion bewerte die Idee von Coffee to go als positiv. Das Abfallwirtschaftskonzept werde in Kürze neu erstellt und beschlossen. Dort würden jedoch keine Punkte zur Abfallvermeidung aufgeführt. Daher wolle man die Verwaltung beauftragen, in einem Leitfaden zur Abfallvermeidung die Ansatzpunkte aufzulisten und in einem nächsten Schritt mit den beteiligten Akteuren zu besprechen.

SB Herr Dr. Albach spricht zum Änderungsantrag. Für die FDP-Fraktion stehe nicht Abfallvermeidung sondern Sauberkeit im Vordergrund. Abfallvermeidung sei positiv für die Stadt und beruhe auf Zahlen. Mit den Zahlen besitze man einen wirtschaftlichen Hebel, auf dessen Basis man Abfallvermeidung betreiben könne.

RM Frau Welcker bemerkt, in den nächsten Wochen stünden neue Verträge mit den AWB und Abfallwirtschaftskonzepte an. Daher plädiere die CDU-Fraktion dafür, zunächst diese Dinge abzuwarten. Wenn dann tatsächlich noch etwas nachreguliert werden müsse, sei immer noch Zeit. Die Initiative sei nicht falsch, aber noch zu früh. Insofern werde die CDU-Fraktion sich keinem der beiden Anträge anschließen.

RM Herr Brust schließt sich seiner Vorrednerin an. Frau Stüwe kenne jetzt die beiden Anträge und könne dies evtl. ins Abfallwirtschaftskonzept aufnehmen. Oberstes Ziel müsse, wie Herr Becker bereits sagte, Abfallvermeidung sein und das Abfallwirtschaftskonzept müsse diesen Punkt auch berücksichtigen. Er sei allerdings dagegen, parallel den Leitfaden zu erstellen. Man brauche ein Konzept, in dem alles stehe. Er empfehle daher den Antrag zurückzustellen, bis das Abfallwirtschaftskonzept vorliegt.

RM Frau Akbayir schlägt vor, dass die Antrag stellen Fraktionen Ihre Anträge zurückziehen und dass alle Fraktionen einen gemeinsamen Antrag in der nächsten Runde stellen.

- Zunächst lässt der Ausschussvorsitzende über den **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** abstimmen:

Beschluss:

Der Eigenbetrieb AWB wird aufgefordert,

1. die Ergebnisse der ehemaligen fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe zur Zukunft der Abfallwirtschaft erneut vorzulegen mit einer Bewertung, wo sich mit der Zeit Änderungen im Umfeld ergeben haben und welche Konsequenzen sich daraus ergeben.
2. darzustellen, welche Auswirkung auf die Gebühren und andere Aspekte der Abfallwirtschaft eine Verringerung der Hausmüllmenge um 30.000 Tonnen hätte unter Berücksichtigung von ggf. 3.000 Tonnen zusätzlichen Fehlwürfen in den Papier- und Werkstofftonnen und ggf. 1.000 Tonnen zusätzlichem „Littering“.
3. in Ergänzung zu den bekannten regelmäßigen Analysen von Hausmüll und Wertstofftonne - sofern nicht bekannt - eine Analyse der Zusammensetzung des Mülls beizutragen, der von den AWB Köln aus diffusen Quellen wie Straßenreinigung

und „Littering“, Rheinufersäuberungen oder „Köln putzmunter“ eingesammelt wird.

4. die Hinweise von UBA, LANUV und DBU zur Müllvermeidung durch Verlinkung auf den entsprechenden Seiten der Stadt zur Verfügung zu stellen (auf die aufwendige Formulierung eines eigenen Leitfadens kann so verzichtet werden).
5. darzustellen, wie sich die Abfallmengen (Restmüll) und die entsprechenden Kosten bei Stadtverwaltung gemäß Gebührenabrechnung entwickelt haben. Die Weiterentwicklung des altbekannten Energie- und Wasserberichts der Gebäudewirtschaft zu einem Umweltbericht - wie andere von der Stadt kontrollierte Unternehmen ihn schon lange vorlegen - ist in diesem Zusammenhang zu prüfen.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

- Anschließend lässt er über den **Antrag der SPD-Fraktion** abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit Unterstützung der AWB das Thema Abfallvermeidung umfassend und konsequent zu verfolgen. Hierzu soll ein „Leitfaden Abfallvermeidung“ erstellt werden, in dem die ganze Palette an Ansatzmöglichkeiten berücksichtigt wird, wie im jeweiligen Einflussbereich z.B. der Bürgerinnen und Bürger, von Unternehmen und Gewerbetreibenden, aber auch innerhalb der Stadtverwaltung selbst Abfallvermeidung erfolgreich umgesetzt werden kann. Konkrete Vorschläge für eine nachhaltige Abfallvermeidung sollen gebündelt dargestellt werden und als Grundlage für die Umsetzung durch die unterschiedlichen Zielgruppen dienen.

Neben den bisherigen Maßnahmen zur Abfallvermeidung soll hierbei z.B. folgendes mit aufgenommen werden:

- Vermeidung von Abfällen in Stadtverwaltung, stadteigenen und stadtnahen Gesellschaften und Unternehmen in der Stadt (Gewerbebetriebe, Einzelhandel etc.) z.B. als Kriterium bei der Beschaffung, bei Baustellen, durch die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, durch das papierarme Büro, sowie die Nutzung von Mehrwegbechern bei Veranstaltungen, etc.
- Vermeidung von Abfällen durch Bürgerinnen und Bürger der Stadt (z.B. Verbraucherinformationen zur generellen Abfallvermeidung, Aufzeigen von Alternativen zum „Wegwerfen von Nahrungsmitteln“)

Zielsetzung ist die Erarbeitung von geeigneten Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit, Selbstverpflichtungen, Abschluss von Vereinbarungen/Kooperationen und die Bekanntmachung von „Best Practice“ Beispielen.

Die Entwicklung eines Abfallvermeidungsleitfadens soll bei Aktualisierung des Abfallwirtschaftskonzeptes bereits Berücksichtigung finden.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

**2.3 Antrag von Ratsgruppe BUNT und Freie Wähler
betreffend
Bienenfreundliches Köln
AN/0019/2018**

**2.3.1 Gemeinsamer Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäfts-
ordnung des Rates von SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, Fraktion Die Linke, FDP Fraktion, Ratsgruppe Bunt, Freie
Wähler Köln und Ratsgruppe GUT
Bienenfreundliches Köln
AN/0076/2018**

SB Herr Schallehn begründet den gemeinsamen Änderungs- bzw. Zusatzantrag. Nicht nur die Honigbiene sei Teil des Insektensterbens sondern auch Wildbienen und andere Bestäuber. Tatsächlich seien noch wesentlich mehr und andere Insektengruppen vom Insektensterben betroffen. Zunächst wolle man aber mit diesem Antrag einen guten Anfang machen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe erteilt der Mitinitiatorin des ursprünglichen Antrags, Frau Gerlach, das Wort.

RM Frau Gerlach greift den Wortbeitrag von Herrn Schallehn auf und betont, dass noch wesentlich mehr Pflanzen und Tiere betroffen seien. Sie weist darauf hin, es gebe einen Punkt, der im Ersetzungsantrag nicht enthalten sei und trägt diesen kurz als Appell vor:

„Der Ausschuss Umwelt und Grün appelliert an die Landesregierung, sich auf allen politischen Ebenen für ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln aus der Gruppe der Neonicotinoide¹⁵ einzusetzen.“

Frau Gerlach erläutert die Bedeutung von Neonicotinoiden und unterstreicht ihre Gefährlichkeit für Wild- und Honigbienen und die gesamte Artenvielfalt. Sie bittet, zu beachten, dass dieses Thema den Ausschuss Umwelt und Grün in den nächsten Jahren weiterbegleiten werde.

- Der Ausschussvorsitzende stellt den **gemeinsamen Änderungsantrag** zur Abstimmung:

Beschluss:

1. Angesichts des in Deutschland zu beobachtenden bedrohlichen Insektensterbens und allgemein schwieriger gewordenen Möglichkeiten für das Überleben von Insekten, richten die zuständigen Ämter der Stadt Köln ihre Handlungsweisen auch an dem Ziel besserer Bedingungen für Insekten aus.
2. Auf geeigneten städtischen Flächen werden sogenannte „Insektennisthilfen“ aufgestellt. Die Verwaltung schlägt entsprechende Flächen vor. Prioritär sollen Schulen und Kitas wie auch Bürgerhäuser solche Insektennisthilfen angeboten werden, auch um die Bedeutung von Insekten bereits im Kinder- und Jugendalter sichtbar zu machen. Wenn möglich sollen Insektenhotels in Zusammenarbeit von Berufskollegs und Schulen selber gebaut werden. Die Verwaltung nimmt hierzu Kontakt auf.

Hierbei sollen möglichst vorhandene abgelagerte Holzbestände/-stücke genutzt werden, die durch das Bohren von mehreren, unterschiedlich großen Löchern das Nisten von Insekten ermöglichen.

¹⁵ <http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/180228>

3. Um Insekten genügend Nahrung zu bieten, überprüft die Verwaltung ihre Bepflanzung, auf Kita- und Schulgeländen und Grünflächen (z. B. insektenfreundliche Stauden) ebenso wie ihr Scherrasen- und Wiesenmanagement. Beim Einkauf von Saatgut, Zier- und Gehölzpflanzen etc. wird verstärkt auf Insektenfreundlichkeit geachtet.

Die Verwaltung wird beauftragt weitere sog. Blühstreifen auf städtischen Flächen zu initiieren.

4. Bei den anstehenden Neu- und Umbauten von Schulen und sonstigen städtischen Gebäuden sind ökologische Aspekte direkt zu berücksichtigen. Das Belassen eines größeren, unversiegelten Geländes zur Anlage eines Schulgartens, sowie die Grüngestaltung mit heimischen Arten sind hier grundsätzlich zu setzen.
5. Die Verwaltung berichtet innerhalb eines Jahres den Ratsgremien über die entsprechend der genannten Zielrichtung eingeleiteten Maßnahmen und ihre Umsetzung sowie über eine weitere Strategie der Öffentlichkeitsarbeit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Kommunaler Klimaschutz

Hierzu liegt nichts vor.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

**4.1 Rahmenvertrag über die Lieferung von Dienst- und Schutzkleidung
hier: Bedarfsfeststellung
3350/2017**

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf zur Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung für alle Betriebsbereiche des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen sowie des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2 Kleingartenwettbewerb "Bunte Gartenvielfalt"
3879/2017**

**4.2.1 Kleingartenwettbewerb "Bunte Gartenvielfalt"
Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke
AN/0096/2018**

SB Herr Becker begründet den Änderungsantrag. Er bittet, die Vorlage der Verwaltung noch um einige Punkte zu ergänzen, da diese in der Diskussion mit den Kleingärtnern wichtig waren.

RM Frau Welcker kündigt an, dass sich die CDU-Fraktion dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion nicht anschließe. Die Verwaltung decke diese Punkte mit ihrer Beschlussvorlage gut ab. Einziges Problem habe man mit der Gewichtung, insbesondere hinsichtlich der 40 Punkte für die Präsentation. Die CDU-Fraktion schlage vor, für alles 20 Punkte zu vergeben.

RM Herr Brust unterstreicht, dass vieles aus dem Änderungsantrag bereits in der Gartenordnung enthalten sei, z. B. die (Nicht-)Verwendung von chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln und Mineraldüngern. Er fragt die Verwaltung, ob man den Vorschlag von Frau Welcker übernehmen könne oder ob er formal beschlossen werden müsse. Außerdem möchte Herr Brust wissen, ob die Preisrichter Ratsmitglieder sein müssen oder ob dies auch Sachkundige Bürgerinnen und Bürger oder Einwohnerinnen und Einwohner sein dürfen.

Herr Kaune wendet sich an Frau Welcker und unterstreicht, dass es bei den 40 Punkten um den Gesamteindruck der Anlage und nicht um Präsentationstechniken gehe. Wenn die Politik die Gewichtung ändern wolle, sei man natürlich aufgeschlossen.

RM Frau Akbayir erklärt, man wolle mit dem Antrag die Beschlussvorlage der Verwaltung konkretisieren.

RM Frau Welcker zieht den Antrag hinsichtlich der Bepunktung nach den Ausführungen von Herrn Kaune zurück.

Nach weiterer Diskussion auch über die Auswahl der Fachpreisrichter und das Verfahren des Wettbewerbs lässt der Ausschussvorsitzende abstimmen.

- Zunächst lässt er über den **Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke** abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt die Durchführung des Kleingartenwettbewerbes „Bunte Gartenvielfalt“ einschließlich des Auslobungstextes gemäß Anlage mit folgenden Änderungen bei den Bewertungskriterien:

Gesellschaftliche Funktion des Vereins im Sinne sozialer Nachhaltigkeit (15 Punkte)

- Auf welche Weise werden unterschiedliche Generationen, Geschlechter, Nationalitäten, Menschen mit Behinderung und sozial Schwache sowie Familien integriert?
- Wie wird der Umgang mit den benachbarten Anwohnern **und Einrichtungen (z.B. Schulen, Kitas, Altenheimen)** gepflegt?
- Ist die Anlage öffentlich zugänglich und wahrnehmbar?
- Hat der Verein ein Vereinsheim, Gemeinschaftsflächen oder Spielplätze?
- **Welche Kommunikationsmöglichkeiten / -einrichtungen sind vorhanden, zwischen den Kleingärtnern und dem Vorstand oder den Kleingärtnern untereinander (Aushänge/Schaukästen, Homepage, Mailingliste, soziale Netzwerke, z.B. Facebook)?**
- Wie ist die Bereitschaft der Vereinsmitglieder, sich ehrenamtlich zu engagieren bzw. sich in die Vereinsgemeinschaft einzubringen? (z.B. Gemeinschaftsarbeit, **Sommer- / Erntedankfest, Samenbörsen, Ernte- Obstpflückhilfe, Mitnahmekörbe an den Ein- und Ausgängen**)

Ökologische und stadtklimatische Funktion (15 Punkte)

- Werden ökologische Kriterien und Nachhaltigkeit bei der Gestaltung, Pflege und Einrichtung der Kleingartenanlage berücksichtigt?
- Ist die Anlage ordnungsgemäß ver- und entsorgt?
- Wurden in der Anlage ökologisch bedeutsame Lebensräume für Pflanzen und Tiere geschaffen?
- Wie werden Anforderungen der guten fachlichen gartenbaulichen Praxis vorbildhaft berücksichtigt und angewandt? **Weden hierzu Schulungsmaßnahmen angeboten und dafür geworben? (z.B. im Verein oder Veranstaltungen des Kreisverbandes oder anderer Anbieter)**

Beispielhafte Projekte im Verein/der Kleingartenanlage (15 Punkte)

- Gibt es Projekte, die zu einem nachhaltigen Beitrag im sozialen Bereich, bei der baulichen und/oder der grünplanerischen Entwicklung der Kleingartenanlage leisten. (Bitte hier auch die bereits abgeschlossenen Projekte der näheren Vergangenheit aufführen)
- Inwieweit zeichnet sich die Anlage bei Planungen und Maßnahmen durch Ideenreichtum und Vielfalt aus?

Gestaltung und Nutzung der Einzelgärten entsprechend der Gartenordnung (15 Punkte)

- Wie sind die Einzelgärten gärtnerisch genutzt und gestaltet?
- Gibt es einen Beitrag zum Erhalt der Gartenkultur?
- Einsatz umweltverträglicher und energiesparender Verfahren und Materialien?
- Grad der Flächenversiegelung?
- **Wie** werden ökologische Aspekte berücksichtigt? (z.B. Verwendung alter Sorten, Vielfalt, Kreislaufbewirtschaftung (Kompost), **keine Verwendung von chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln und Mineraldüngern**)

Gesamteindruck der Anlage bei der Besichtigung (40 Punkte)

- Präsentation der Anlage durch den Vorstand
- Einbezug der Gartenpächter in die Präsentation
- Gesamteindruck der Anlage

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke, bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

- Anschließend stellt er die **Verwaltungsvorlage** zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün

1. begrüßt die Durchführung des Kleingartenwettbewerbes „Bunte Gartenvielfalt“ und nimmt den Auslobungstext gemäß Anlage zustimmend zur Kenntnis;
2. benennt fünf Sachpreisrichter/innen und fünf Stellvertreter/innen für das Preisgericht.

Für die CDU-Fraktion

Frau Katharina Welcker als ordentliches Mitglied

Herrn Helmut Jung als Vertreter

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herrn Robert Schallehn als ordentliches Mitglied

Herrn Dr. Volker Ermert als Vertreter

Für die SPD-Fraktion

Herrn Wilfried Becker als ordentliches Mitglied

Herrn Sönke Geske als Vertreter

Für die Fraktion Die Linke

Herrn Heinz-Peter Fischer als ordentliches Mitglied
(Fraktionsvorsitzender in der Bezirksvertretung Kalk)

NN als Vertreter/in

Für die FDP-Fraktion

Herrn Dr. Rolf Albach als ordentliches Mitglied

Frau Renate Domke als Vertreterin
(Sachkundige Bürgerin nach § 58
Absatz 3 GO NRW im Ausschuss für
Anregungen und Beschwerden)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Luftreinhaltung - Position der Stadt Köln zur Fortschreibung des Luftreinhaltplans
3428/2017**

**4.3.1 Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
AN/0069/2018**

Die Beschlussfassung wurde **vor Eintritt in die Tagesordnung einvernehmlich vertagt**. Es soll eine gemeinsame Sondersitzung mit dem Ausschuss für Umwelt und Grün am 05.02.2018 um 13 Uhr durchgeführt werden.

4.4 Gestaltungsplanung für ein Kooperationsgräberfeld auf dem Friedhof Kalk 3551/2017

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beschließt das von der Genossenschaft Kölner Friedhofsgärtner eG vorgelegte Gestaltungskonzept für ein Kooperationsgrabfeld auf Flur 045 des Friedhofs Kalk.

Er beauftragt die Verwaltung, vor der baulichen Umsetzung des Konzeptes mit der Genossenschaft die Details der Kooperation vertraglich zu vereinbaren und, soweit von grundlegenden Regelungen des zuletzt vom Ausschuss für Umwelt und Grün sowie vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR) im August 2015 beschlossenen Kooperationsvertrages (Beschlussvorlage Nr. 2112/2015) abgewichen wird, diesen dem AVR zur Genehmigung vorzulegen.

Der Ausschuss verzichtet auf einen zweiten Durchgang, sofern die Bezirksvertretung Kalk dem Beschlussvorschlag ohne Änderungen oder Ergänzungen zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.5 Katzenschutzverordnung mit einer Kastration- und Kennzeichnungspflicht für Freigängerkatzen 3723/2017

SB Herr Becker begrüßt namens der SPD-Fraktion die Beschlussvorlage ausdrücklich. So können Maßnahmen ergriffen werden, die auch für den Tierschutz akzeptabel seien.

SB Herr Schallehn stimmt der Aussage von Herrn Becker zu und dankt der Verwaltung für diese Vorlage. Nicht nur aus Tierschutz-, sondern auch aus Naturschutzgründen sei es wichtig, die Bestände der Katzen zu regulieren.

Herr Peschen informiert über die gemeinsame Pressekonferenz mit den Katzenschützern und Vertretern der Tierheime. Dort sei die Zielrichtung dokumentiert worden, viele für die Öffentlichkeit nicht sichtbare Katzen im primären Fokus zu haben und nicht die Freigänger, die in Haushalten leben. Herr Peschen würdigt ausdrücklich die Arbeit und das Engagement der Tierheime und ehrenamtlich tätigen Katzenschützer.

SB Herr Dr. Albach kündigt für die FDP-Fraktion Zustimmung zur Katzenschutzverordnung an. Er persönlich werde sich enthalten, da er die Begründung nicht passend finde. Sie sei, so seine persönliche Meinung, zu abstrakt gehalten. Auch er bekunde seinen Respekt vor den Mitarbeitenden in den Kölner Tierheimen.

Er regt an, die Auswirkungen der Verordnung zu prüfen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 41 Abs. 1 GO NRW i. V. m. § 13 b TierSchG und § 5 ZustVO Tierschutz NRW den Erlass der Verordnung zum Schutz freilebender Katzen im Stadtgebiet Köln (Katzenschutzverordnung Köln – KatSchutzVO).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

4.6 Zollstocker Weg entlang des Kalscheurer Weihers hier: Ganzjährige Sperrung 4022/2017

Herr Peschen gibt einen kurzen Rückblick über die bisherige Vorgehensweise und die Entwicklungen. Er geht auf die Bemühungen ein, eine gemeinsame Lösung und Regelung zu finden, die von Bestand sei und begründet die Dringlichkeit der Vorlage.

SB Herr Dr. Albach beantragt eine Ergänzung des Beschlusstextes, die da laute: „Sollte die Verwaltung die Entsiegelung konkret beabsichtigen, wird dies den beiden betroffenen Gremien erneut zur Entscheidung vorgelegt.“

Ausschussvorsitzender Herr Struwe weist darauf hin, dass in diesem Fall lediglich die Belange der Bezirksvertretung Rodenkirchen betroffen seien und diese das beschließen sollte.

SB Herr Schallehn bewertet die Beschlussvorlage der Verwaltung positiv und appelliert an alle Parteien, auch ihre Vertreterinnen und Vertreter in der BV Rodenkirchen entsprechend zu informieren.

RM Frau Akbayir beurteilt die Entsiegelung grundsätzlich gut, sie mache allerdings aus ökologischer Sicht wenig Sinn, weil die Anlieger und Gartenbesitzer einen Umweg machen müssen.

Nach weiteren Erörterungen und der Klärung des Verfahrens hinsichtlich der Zuständigkeit der Bezirksvertretung Rodenkirchen für eine Entsiegelung stellt der Ausschussvorsitzende die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt der Bezirksvertretung Rodenkirchen, wie folgt zu beschließen:

Die Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen) stimmt einer ganzjährigen Sperrung des Zollstocker Weges entlang des Kalscheurer Weihers zu und beauftragt die Verwaltung mit der sofortigen Umsetzung dieser Maßnahme.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

Hierzu liegt nichts vor.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mitteilungen

7.1 Energiebericht der Museen 2016 3646/2017

SE Herr Donath merkt an, dass man beträchtliche Einsparungen erziele, wenn die Fernwärmeleistung angepasst werde.

Auf seine Nachfragen hinsichtlich der Anwendung von Emissionsfaktoren und ob die Depots in den Berechnungen mit eingeschlossen seien, antwortet Frau Mataré, dass BISCO eine Bilanzierungssystematik sei, die bundesweit für die kommunalen Unternehmen installiert worden sei. Dort werde ein bundesweit einheitlicher CO₂-Äquivalentfaktor eingesetzt, der verschiedene Kommunen miteinander vergleiche und nichts mit den tatsächlichen CO₂-Emissionen der RheinEnergie zu tun habe. Daher habe sie in den Tabellen und Bildern den tatsächlichen Wert benutzt und den BISCO-Ansatz lediglich erwähnt. Die Depots seien nur dann in den Berechnungen enthalten, insoweit sie innerhalb der Museumsgebäude untergebracht seien.

SB Herr Dr. Albach bewertet den Energiebericht optisch sehr positiv und regt an, auch die Abfallbilanz in den Bericht mitaufzunehmen, so dass dann ein kompletter Umweltbericht vorliege.

RM Herr Brust lobt ausdrücklich die Arbeit von Frau Mataré, da sie mit nur einem Kollegen in kurzer Zeit einiges erreicht habe. Der Bericht zeige zudem, dass durch Energiesparmaßnahmen auch große finanzielle Einsparungen erreicht werden können.

Herr Brust erinnert an den Ratsbeschluss aus dem Jahre 2003, den Energieverbrauch jährlich um 5% zu senken und den Beschluss des Ausschusses Umwelt und Grün vom 29.09.2011, in allen städtischen Einrichtungen ein Energiecontrolling und Energiemanagement zu installieren und für alle bisher nicht erfassten Bereiche Energieberichte vorzulegen. Es sei grotesk, wenn für die Philharmonie, wo wesentlich mehr Energie als in den Museen verbraucht werde, niemand zuständig sei. Herr Brust möchte wissen, wann der Beschluss umgesetzt werde.

Herr Dr. Rau räumt ein, dass die Notwendigkeit klar sei, da durch die Umsetzung des Beschlusses Kosten und Energie eingespart werden sowie die Umwelt geschont werde. Man werde das Thema mitnehmen.

SB Herr Becker schließt sich seinen Vorrednern an und bedankt sich ebenfalls für den Energiebericht. Man sehe, dass es einen großen Handlungsbedarf gebe. Herr Becker fragt, ob Vergleichszahlen neuerer Museen aus anderen Städten über Energieverbräuche pro qm vorliegen und ob die Zahlen wetterbereinigt seien.

Frau Mataré antwortet, es sei schwierig, verschiedene Museen miteinander zu vergleichen, weil sie von der Struktur, ihrem Angebot, ihren Depots u. a. Faktoren sehr unterschiedlich seien, so dass ein Vergleich kaum möglich sei.

Im 1. Bericht habe sie versucht, eine Wetterbereinigung hinzuzufügen, in den Ergebnissen jedoch festgestellt, dass sie in keiner Weise den Wetterdaten entsprechende Ergebnisse gebracht habe. Das liege daran, dass man in den Museen eine Feuchteregelung machen müsse, die nahezu unabhängig von den Temperaturen sei. Die Wetterbereinigung berufe sich nur auf Temperaturwerte. Daher habe sie jetzt im 2. Bericht darauf verzichtet.

Herr Dr. Ermert bemerkt, dass an der Wetterstation des Flughafens Köln-Bonn Taupunktmessungen durchgeführt werden. Diese könne man benutzen, um relative Feuchten zu berechnen. Er bietet an, ihr dabei behilflich zu sein.

Frau Mataré nimmt die Unterstützung gerne an. Sie betont, es sei sehr aufwendig, diese Werte so mit den Temperaturen zu kombinieren, dass man nutzbare Ergebnisse erhalte.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Frau Mataré und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.2 Köln kooperiert - Regionale Kooperation voranbringen und Regionalplan-Überarbeitung: Informationsveranstaltung am 24.11.2017
Mitteilung zum Antrag AN/0510/2017 gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates
3829/2017**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.3 Allgemeinverfügung zur Einschränkung der Reitnutzung in Waldgebieten
3686/2017**

RM Frau Welcker bemerkt kritisch, es falle auf, dass in der Mitteilung zunächst eine Erweiterung der Reitnutzung ermöglicht werde. Anschließend werde ohne Angabe von Gründen darüber informiert, dass wieder eingeschränkt werde. Man hätte vielleicht etwas flexiblere Kriterien finden können.

SB Herr Dr. Albach möchte wissen, wie die angehörten Verbände Stellung bezogen haben. Auch fühlten sich die Reiter, obwohl sie für die Nutzung der Reitwege zahlten, oft benachteiligt, da sie selbst den Müll von den Reitwegen forträumen müssten.

Zudem würden die Reitwege nicht immer von umfallenden Bäumen freigeschnitten und oft benutzten Fußgänger und vor allem BMX-Fahrer die Reitwege. Wenn tatsächlich eine Trennung der Nutzer geplant sei, müsse dies in beide Richtungen erfolgen und nicht so, dass nur die Reitwege für alle offen seien.

Herr Peschen informiert darüber, dass die Verwaltung mit den Reiterverbänden und Waldbesitzern gute Gespräche geführt und erläutert habe, dass keine Verschlechterung eintreten, sondern der Status quo festgeschrieben werde.

Weiter sei verabredet worden, sich innerhalb von 4 Wochen wieder mit allen Akteuren und den Kollegen des Grünflächenamtes zusammzusetzen, um gemeinsame Lösungen zu finden. Von Seiten der Reiterverbände habe es, keinerlei Konflikte gegeben, was auch Herr Dr. Bauer bestätigen könne.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Peschen und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.4 Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Grün vom 12.10.2017
hier: Wildes Parken im Grüngürtel - AN/1444/2017
3355/2017**

SE Frau Lange begrüßt, dass gegen wildes Parken vorgegangen werde. Sie bittet, das Instrument des Abschleppens in Erwägung zu ziehen, auch wenn es an dieser Stelle schwierig sei. Sie habe beobachtet, dass an den Stellen, wo abgeschleppt worden sei, lange Zeit keine Autos mehr stünden.

RM Herr Brust bittet, die Mitteilung auch der Bezirksvertretung Lindenthal zur Kenntnis zu geben.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.5 Durchforstungsplanung 2018 zur Pflege des städtischen Waldes
3758/2017**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.6 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln (Ein-
gang 14.06.2017) aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses
vom 06.07.2017 betreffend Aufwertung von Plätzen in den Stadtbezirken
AN/0922/2017
0024/2018**

SE Herr Zöllner bittet, die Mitteilung auch den Bezirksvertretungen Chorweiler, Porz und Mülheim zur Kenntnis zu geben.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.7 Leitprojekte zum Haushalt 2018 des Dezernats Soziales, Integration und
Umwelt
3568/2017**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.8 Leitprojekt "Köln aufräumen", Dezernat Stadtentwicklung, Planen und
Bauen
0146/2018**

RM Herr Brust kommt auf das in der Mitteilung erwähnte Handbuch zu sprechen, das die Grundlage für die Gestaltung, Sauberkeit und Instandhaltung für den öffentlichen Raum in den nächsten Jahrzehnten sein soll. Im Handbuch stehe, dass die AWB demnächst nicht nur die Böden, sondern auch das gesamte Umfeld, also z. B. die Möblierung, Bänke usw. reinigen soll.

Er möchte wissen, inwieweit diese zusätzlichen Arbeiten, also Kosten, im Haushalt abgesichert sind. Wie sehe die Planung dazu aus, wann solle die AWB damit beauftragt werden und wo soll zuerst gereinigt werden?

Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

Hierzu liegt nichts vor.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Rheinufer nach dem Hochwasser Mündliche Anfrage von Herrn Struwe

RM Herr Struwe fragt, ob es ein Konzept gebe, wie nach dem Rückgang des derzeitigen Hochwassers mit dem zurückgebliebenen Müll umgegangen werde, um diesen Zustand so schnell wie möglich zu beseitigen. Ihm gehe es nicht um eine schriftliche Stellungnahme, sondern eher um eine schnelle Beseitigung des Mülls.

Herr Dr. Rau sagt dies zu. Die AWB sei dazu beauftragt.

9.2 EFRE-Förderung gefährdet? Mündliche Anfrage von Herrn Struwe

RM Herr Struwe bemerkt, der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass die Landesregierung plane, bei diversen Förderprojekten aus ESF-Mitteln bereits gestellte Anträge nicht zu bewilligen. Dies betreffe in Köln im Wesentlichen den Bereich der Stadtentwicklung, also „Starke Veedel“.

Man habe aber auch das Integrierte Handlungskonzept unter dem Titel „Vernetzte Vielfalt“ beraten. Herr Struwe möchte wissen, ob dies ebenfalls davon betroffen sei

Herr Dr. Rau antwortet, dass die Förderung von EFRE nicht gefährdet sei.

9.3 Sachstand CO₂-Bilanz Mündliche Anfrage von Herrn Becker

SB Herr Becker fragt nach dem Sachstand der CO₂-Bilanz.

Herr Peschen informiert darüber, dass man mit dem IFEU-Institut bereits zwei Termine abgestimmt habe, zu denen der Gutachter die CO₂-Bilanz im Ausschuss vorstellen könne. Derzeit sei man noch in Gesprächen mit dem stadtnahen Unternehmen und habe gebeten, sich zu einem Termin final zu äußern.

9.4 Abstimmung mit Leverkusen zur Luftreinhaltung Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Albach

SB Herr Dr. Albach fragt nach dem Stand der Abstimmung zum Luftreinhalteplan mit Leverkusen. Kern des Problems sei im Grunde der Bereich innerhalb des Kölner Autobahnringes.

Auch Leverkusen habe von der Deutschen Umwelthilfe eine Klage erhalten. Da Leverkusen ebenfalls an der B 8 liege, hätten beide Städte ein gemeinsames Problem. Herr Dr. Albach möchte wissen, ob es eine interkommunale Kooperation bei der Luftreinhaltung gebe oder die Bezirksregierung Köln hierfür zuständig sei.

Herr Dr. Rau betont, dass die Bezirksregierung die zuständige Behörde für den Luftreinhalteplan sei. Beide Städte gehörten zum Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung Köln, sodass diese den Luftreinhalteplan für beide Städte koordiniere.

9.5 Klimaschutz und Stromüberschüsse

Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Ermert

SE Herr Dr. Ermert führt aus, dass bundesweit ungefähr 90 Gigawattleistung an Stromkapazitäten von Windenergie und Solarstrom zur Verfügung stünden.

Es gebe Situationen, wie z. B. Stürme im Herbst 2017 oder zu Neujahr, wo die erneuerbaren Energien nahezu vollständig den Strom in Deutschland lieferten. Das führe dazu, dass negative Strompreise auftreten und man dann diesen Strom kostengünstig bzw. Gewinn bringend nutzen könne. Dieses Prinzip nenne sich „Power to Heat“ oder „Power to Gas“. Nicht nur die RheinEnergie, auch Shell plane, dieses Prinzip zu nutzen, um z. B. eine 10 Megawatt Elektrolyseanlage für Wasserstoff zu bauen und Wasserstoff-Tankstellen für Kraftfahrzeuge einzurichten. Dies betreffe auch die Kölner Verkehrsbetriebe, die ihre Busse mit entsprechenden Brennstoffzellen ausstatten könnten. Möglicherweise könnten auch noch andere Firmen involviert werden.

Herr Dr. Ermert fragt, ob es nicht sinnvoll sei, eine Gesamtstrategie für Köln in Bezug auf „Power to Heat“ und „Power to Gas“ zu entwickeln. Auch möchte er wissen, welche Firmen und Kooperationspartner zu beteiligen seien, um diese beiden Strategien erfolgreich zu entwickeln.

Herr Dr. Rau antwortet, dass hier ein klassischer Auftrag an die Wirtschaftsförderung gehen müsse, so dass die sich des Themas annehmen könne. Er persönlich sehe die Zukunft der Mobilität in der Antriebstechnologie nicht nur im Elektro- sondern gerade im Wasserstoffbereich. Er betrachte es positiv, Wasserstofftechnologie und Infrastruktur zu verbessern. Eine erste Wasserstofftankstelle sei jetzt am Flughafen in Betrieb genommen worden. Die RVK beschaffe inzwischen erste Wasserstoffbusse. Die Idee sei sicherlich richtig. Daher nehme er die Anregung gerne mit und bringe sie auch in die Wirtschaftsförderung.

9.6 Braunkohleverbrennung in Merkenich beenden

Mündliche Anfrage von Frau Lange

SE Frau Lange ruft einen Ratsbeschluss vom 04.04.2017 in Erinnerung. Damals sei eine Untersuchung zum Braunkohlekraftwerk Merkenich beschlossen worden und dass der Ausschuss Umwelt und Grün über die Zwischenergebnisse der Untersuchung kontinuierlich informiert werden soll.

Herr Dienhart konnte sie nur insoweit informieren, dass die Untersuchung kurz vor dem Abschluss stehe, dies aber nicht zu seinem Zuständigkeitsbereich gehöre. Daher bitte sie jetzt hier um Berichterstattung zu diesem Beschluss in der nächsten Ausschusssitzung.

Herr Dr. Rau sagt zu, die Anfrage an die RheinEnergie weiterzugeben.

gez. Rafael Christof Struwe
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)